

ANDRÉ JANSSEN

Präventive  
Gewinnabschöpfung

*Jus Privatum*

211

---

**Mohr Siebeck**

JUS PRIVATUM  
Beiträge zum Privatrecht

Band 211





André Janssen

# Präventive Gewinnabschöpfung

Mohr Siebeck

*André Janssen*, geboren 1972; Studium der Rechtswissenschaften in Münster und Nimwegen; 2001 Promotion; 2014 Habilitation; seit 2015 Professor an der City University Hong Kong.

Gedruckt mit Unterstützung des Förderungs- und Beihilfefonds Wissenschaft der VG WORT.

e-ISBN PDF 978-3-16-153233-7

ISBN 978-3-16-153142-2

ISSN 0940-9610 (Jus Privatum)

Die Deutsche Bibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliographie; detaillierte bibliographische Daten sind im Internet über <http://dnb.dnb.de> abrufbar.

© 2017 Mohr Siebeck Tübingen. [www.mohr.de](http://www.mohr.de)

Das Werk einschließlich aller seiner Teile ist urheberrechtlich geschützt. Jede Verwertung außerhalb der engen Grenzen des Urheberrechtsgesetzes ist ohne Zustimmung des Verlags unzulässig und strafbar. Das gilt insbesondere für Vervielfältigungen, Übersetzungen, Mikroverfilmungen und die Einspeicherung und Verarbeitung in elektronischen Systemen.

Das Buch wurde von Gulde Druck in Tübingen gesetzt und auf alterungsbeständiges Werkdruckpapier gedruckt und von der Buchbinderei Spinner in Ottersweier gebunden.

## Vorwort

„*Pain and suffering in various tempos.*“<sup>1</sup>

Die vorliegende Arbeit wurde im Wintersemester 2013/14 von der Rechtswissenschaftlichen Fakultät der Westfälischen Wilhelms-Universität Münster als Habilitationsschrift angenommen. Gesetzestexte, Literatur und Rechtsprechung wurden für die Drucklegung bis März 2016 berücksichtigt.

Mein erster Dank gilt meinem Lehrer, Herrn Prof. Dr. Dr. h.c. *Reiner Schulze*. Er hat durch seine fortwährende Unterstützung und sein Vertrauen maßgeblich zum Gelingen der Arbeit beigetragen und meinen akademischen Weg bedeutend geprägt. Für die sorgfältige und zügige Erstellung des Zweitgutachtens und die zusätzlichen Hinweise danke ich Herrn Prof. Dr. *Ingo Saenger*. Zu Dank verpflichtet bin ich auch den Professoren *Gianmaria Ajani*, *Edoardo Ferrante*, *Michele Graziadei* und *Barbara Pasa*. Sie waren es vor allen Dingen, die meinen mehrjährigen Forschungsaufenthalt im Rahmen der „*People Marie Curie Actions: Intra European Fellowship (IEF)*“ der Europäischen Kommission in Turin sowohl wissenschaftlich als auch persönlich unvergessen haben werden lassen. *Grazie a voi, amici!*

Es fällt schwer aus der Schar der Freunde und Unterstützer nunmehr einige Personen hervorzuheben. Dennoch gilt mein ganz besonderer Dank Herrn Privatdozenten Dr. *Olaf Meyer*, der immer ein offenes Ohr für mich hatte und die mühsame Arbeit des Korrekturlesens ohne Zögern übernommen hat. Für die langjährige Freundschaft und für seinen von mir des Öfteren strapazierten ökonomischen Sachverstand danke ich Herrn *Ulrich Intveen*. Für die unzähligen kleinen Kaffeepausen und Hilfe in allen Lebenslagen danke ich zudem auch der „guten Seele“ des Centrums für Europäisches Privatrecht in Münster, der Sekretärin Frau *Petra Fentner*.

Meinem Arbeitgeber, der City University Hong Kong, möchte ich meinen Dank dafür aussprechen, dass man mir die Zeit gegeben hat, das vorliegende Werk druckfertig zu machen. Zu danken habe ich auch der VG Wort für die großzügige Unterstützung der Veröffentlichung und dem Verlag Mohr Siebeck für die Aufnahme in die Schriftenreihe „Jus Privatum“.

---

<sup>1</sup> Untertitel des Albums „*Playing the Angel*“ der englischen Musikgruppe *Depeche Mode*.

Last but not least danke ich von ganzem Herzen meiner Familie und Frau *Alexandra Seifert*. Gerade Letztere musste die Höhen und noch viel mehr die Tiefen eines Habilitandenlebens aus nächster Nähe leidvoll ertragen. Dafür möchte ich ihr nicht nur meinen ganz besonderen Dank, sondern auch meine aufrichtige Entschuldigung aussprechen. Es soll nicht wieder vorkommen.

Hong Kong im April 2016

André Janssen

# Inhaltsübersicht

Vorwort . . . . .	V
Inhaltsverzeichnis . . . . .	XI
Abkürzungsverzeichnis . . . . .	XXV
<i>1. Teil: Einleitung</i> . . . . .	1
A. Der Anlass der Untersuchung . . . . .	1
B. Das Ziel der Untersuchung . . . . .	12
C. Die Eingrenzung des Untersuchungsgegenstands . . . . .	16
D. Der angemessene Methodenpluralismus als Untersuchungsmethode . . . . .	21
E. Der Gang der Untersuchung . . . . .	24
<i>2. Teil: Die Prävention als rechtspolitisches Programm des Zivilrechts</i> . . . . .	25
Kapitel 1: Die Prävention und die Rolle des Zivilrechts . . . . .	27
A. Die grundsätzliche Anerkennung der Prävention als Aufgabe des Rechts . . . . .	27
B. Die Prävention als das „ungeliebte Stiefkind“ des Rechts . . . . .	29
C. Die Teilrechtsordnungen als wechselseitige Auffangordnungen . . . . .	35
D. Die Steuerungsleistungen der Teilrechtsordnungen und ihre Grenzen . . . . .	43
E. Die Steuerungsleistungen des Private Enforcement . . . . .	44
F. Die Steuerungsleistungen des Public Enforcement . . . . .	51
G. Ergebnis . . . . .	58
Kapitel 2: Die Grundlagen zivilrechtlicher Prävention . . . . .	67
A. Der Begriff und die Theorie der zivilrechtlichen Prävention . . . . .	67
B. Die Grundannahmen zur Prävention durch das Haftungsrecht . . . . .	103
C. Die Typisierung der zu vermeidenden Schadenskosten, Zielkonflikte und die optimale Prävention . . . . .	140
D. Die Bestimmung der qualitativen Bedeutung der Prävention im Rahmen des Haftungsrechts . . . . .	153
E. Die rechtlichen Grenzen der haftungsrechtlichen Prävention . . . . .	166



Kapitel 3: Der europarechtliche Einfluss auf das deutsche Präventionsverständnis . . . . .	209
A. Die Internationalisierung und Europäisierung des Zivilrechts . . . . .	209
B. Der Stellenwert der Prävention im <i>Acquis Communautaire</i> . . . . .	214
C. Der europarechtliche Präventionsbegriff . . . . .	223
D. Das Haftungsrecht als zentrales zivilrechtliches Präventionsinstrument der Europäischen Union . . . . .	228
E. Der Einfluss der Prävention auf die Schadenshöhe . . . . .	231
F. Die Frage des europarechtlichen Strafschadens . . . . .	235
G. Die Geltung eines europarechtlichen Bereicherungsverbotens . . . . .	240
H. Ein rechtsvergleichender Überblick . . . . .	243
I. Einige Beispiele des europarechtlichen Einflusses auf das Präventionsverständnis im deutschen Zivilrecht . . . . .	249
J. Ergebnis . . . . .	267
3. Teil: <i>Die Gewinnabschöpfung als Instrument zivilrechtlicher Prävention</i> . . . . .	273
Kapitel 1: Die Gewinnherausgabe im Rahmen der immaterialgüterrechtlichen dreifachen Schadensberechnung . . . . .	275
A. Die Rechtslage am Vorabend des BGB . . . . .	277
B. Die ersten Verbote der dreifachen Schadensberechnung in der Legislative und der Rechtsprechung bis zur <i>Ariston</i> -Entscheidung . . . . .	282
C. <i>Kohler</i> als geistiger Vater der dreifachen Schadensberechnung . . . . .	283
D. Die <i>Ariston</i> -Entscheidung als Beginn der dreifachen Schadensberechnung . . . . .	286
E. Die weitere Entwicklung der Gewinnherausgabe und der dreifachen Schadensberechnung bis zur Umsetzung der Enforcementrichtlinie . . . . .	295
F. Die weitere Entwicklung der Gewinnherausgabe und der dreifachen Schadensberechnung nach der Umsetzung der Enforcementrichtlinie . . . . .	350
G. Die Bewertung der derzeitigen immaterialgüterrechtlichen Gewinnherausgabe unter besonderer Berücksichtigung des Präventionsaspekts . . . . .	381
H. Ein rechtsvergleichender Überblick . . . . .	406
I. Ergebnis . . . . .	411
Kapitel 2: Die Gewinnherausgabe bei Persönlichkeitsverletzungen durch die Presse . . . . .	421
A. Die Rechtslage am Vorabend des BGB . . . . .	423
B. Der Persönlichkeitsschutz am Beginn des 20. Jahrhunderts:	

Präventive Fehlstellung aufgrund Schutzlosigkeit und wachsender Bedrohung . . . . .	431
C. Der lange Weg zur Anerkennung des allgemeinen Persönlichkeitsrechts als unabdingbare Präventionsvoraussetzung . . . . .	438
D. Die Heranziehung der Prävention zur Bestimmung der Schadenshöhe . . . . .	457
E. Die Bewertung des derzeitigen Persönlichkeitsschutzes unter besonderer Berücksichtigung des Präventionsaspekts . . . . .	481
F. Ein rechtsvergleichender Überblick . . . . .	513
G. Ergebnis . . . . .	521
Kapitel 3: Die Gewinnherausgabe im Kartelldeliktsrecht . . . . .	531
A. Das Kartell(delikts)recht aus historischer Perspektive . . . . .	535
B. Die Bedeutung der privaten Rechtsdurchsetzung des Kartellrechts bis zur 7. GWB-Novelle . . . . .	542
C. Die Gründe für den geringen Zuspruch des damaligen Kartelldeliktsrechts . . . . .	544
D. Die Änderungen des Kartelldeliktsrechts durch die 7. GWB-Novelle im Überblick . . . . .	546
E. Der neue vorteilsorientierte § 33 Abs. 3 S. 3 GWB . . . . .	552
F. Die Bewertung des § 33 Abs. 3 S. 3 GWB unter besonderer Berücksichtigung des Präventionsaspekts . . . . .	557
G. Ein rechtsvergleichender Überblick . . . . .	569
H. Ergebnis . . . . .	572
<i>4. Teil: Die Konturen einer präventiven Gewinnabschöpfung – Conclusio . . . . .</i>	<i>577</i>
A. Die Ausrichtung der Gewinnabschöpfung auf die Verhinderung effizienter Rechtsbrüche . . . . .	577
B. Der optimale Anwendungsbereich der präventiven Gewinnabschöpfung . . . . .	579
C. Die dogmatische Verortung der präventiven Gewinnabschöpfung . . . . .	588
D. Die optimale Ausgestaltung der präventiven Gewinnabschöpfung . . . . .	591
E. Das Stufenmodell als Folge der Etablierung der präventiven Gewinnabschöpfung . . . . .	602
F. Die Umsetzung einer präventiv optimal austarieren Gewinnabschöpfung . . . . .	603
Literaturverzeichnis . . . . .	613
Entscheidungsverzeichnis . . . . .	667
Stichwortverzeichnis . . . . .	677



# Inhaltsverzeichnis

Vorwort . . . . .	V
Inhaltsübersicht . . . . .	VII
Abkürzungsverzeichnis . . . . .	XXV
1. Teil: Einleitung . . . . .	1
A. Der Anlass der Untersuchung . . . . .	1
I. Die unzureichende Vermeidung von Unrechtsgewinnen durch das Recht . . . . .	1
II. Die Möglichkeit effizienter Rechtsbrüche als Folge eines rein nachteilsorientierten Haftungsrechts . . . . .	3
III. Die präventive Gewinnabschöpfung als mögliches Instrument zur Bekämpfung effizienter Rechtsbrüche . . . . .	6
IV. Die vorteilsorientierten Inseln außerhalb des klassischen Haftungsrechts: Zwischen präventiver Gewinnabschöpfung und kompensatorischer Gewinnberücksichtigung . . . . .	8
V. Der fehlende Blick von der Mitte auf die Randfelder des Rechts . . . . .	11
B. Das Ziel der Untersuchung . . . . .	12
C. Die Eingrenzung des Untersuchungsgegenstands . . . . .	16
I. Die Beschränkung auf die Vorteilsorientierung im Haftungs- recht . . . . .	16
II. Die Bedeutung des Bereicherungsrechts und der angemäßen Eigengeschäftsführung für die Untersuchung: Die Gewinnab- schöpfung zwischen Haftungs-, Bereicherungs- und Geschäfts- führungsrecht . . . . .	19
D. Der angemessene Methodenpluralismus als Untersuchungsmethode .	21
E. Der Gang der Untersuchung . . . . .	24

2. Teil: Die Prävention als rechtspolitisches Programm des Zivilrechts . . . . .	25
<i>Kapitel 1: Die Prävention und die Rolle des Zivilrechts . . . . .</i>	<i>27</i>
A. Die grundsätzliche Anerkennung der Prävention als Aufgabe des Rechts . . . . .	27
B. Die Prävention als das „ungeliebte Stiefkind“ des Rechts . . . . .	29
I. Der Purismus des Zivilrechts . . . . .	29
II. Der Purismus des Strafrechts . . . . .	31
III. Der Purismus des öffentlichen Rechts . . . . .	33
C. Die Teilrechtsordnungen als wechselseitige Auffangordnungen . . .	35
D. Die Steuerungsleistungen der Teilrechtsordnungen und ihre Grenzen . . . . .	43
E. Die Steuerungsleistungen des Private Enforcement . . . . .	44
I. Die Nutzbarmachung privater Informationen . . . . .	44
II. Der Wille zur Rechtsdurchsetzung . . . . .	46
III. Die begrenzten Kapazitäten des Staates . . . . .	47
IV. Das Kostenargument . . . . .	48
V. Weitere Aspekte des Private Enforcement . . . . .	49
F. Die Steuerungsleistungen des Public Enforcement . . . . .	51
I. Die besseren Aufklärungs- und Sanktionsmöglichkeiten . . .	51
II. Die geringere Missbrauchsgefahr des Public Enforcement . . .	52
III. Die Notwendigkeit des Private Enforcement bei fehlendem privaten Rechtsdurchsetzungsinteresse . . . . .	54
IV. Die Möglichkeit einer „ex ante“-Steuerung durch das Public Enforcement . . . . .	55
V. Weitere Aspekte des Public Enforcement . . . . .	58
G. Ergebnis . . . . .	58
<i>Kapitel 2: Die Grundlagen zivilrechtlicher Prävention . . . . .</i>	<i>67</i>
A. Der Begriff und die Theorie der zivilrechtlichen Prävention . . . . .	67
I. Die strafrechtlichen Grundlagen der Prävention . . . . .	75
1. Die Entwicklung und Bedeutung der strafrechtlichen Vereinigungstheorie . . . . .	75
2. Die relative Strafrechtstheorie und ihre Entwicklung . . . .	77
3. Die strafrechtliche Generalprävention . . . . .	78
a. Die negative Generalprävention . . . . .	78
b. Die positive Generalprävention . . . . .	79
4. Die strafrechtliche Spezialprävention . . . . .	82
II. Die zivilrechtliche Prävention . . . . .	84
1. Die zivilrechtliche Generalprävention . . . . .	86

a.	Die negative Generalprävention . . . . .	86
b.	Die positive Generalprävention . . . . .	88
aa.	Der Lerneffekt . . . . .	88
bb.	Der Vertrauenseffekt . . . . .	91
cc.	Der Befriedigungseffekt . . . . .	94
2.	Die zivilrechtliche Spezialprävention . . . . .	96
a.	Der Erziehungseffekt . . . . .	96
b.	Der Abschreckungseffekt . . . . .	98
III.	Ergebnis . . . . .	100
B.	Die Grundannahmen zur Prävention durch das Haftungsrecht . . .	103
I.	Das Verhaltensmodell des homo oeconomicus . . . . .	105
II.	Die Kritik am homo oeconomicus . . . . .	109
1.	Die Unvereinbarkeit mit dem grundgesetzlichen Menschenbild . . . . .	109
2.	Der Modellcharakter des homo oeconomicus . . . . .	112
3.	Maximaler Eigennutz gegen Altruismus und Fairness . . .	112
4.	Die beschränkte Rationalität des Menschen . . . . .	114
a.	Die Wahrscheinlichkeitsanomalie . . . . .	116
b.	Die Verfügbarkeitsheuristik und der Besitz- und Präsentationseffekt . . . . .	117
c.	Der Ankereffekt . . . . .	118
d.	Die Selbstüberschätzungsanomalie . . . . .	119
e.	Die ergebnisorientierte Beurteilung von Handlungen und die Anomalie der versunkenen Kosten . . . . .	119
f.	Die generelle Bedeutung der beschränkten Rationalität	121
g.	Die Bedeutung der beschränkten Rationalität für die vorliegende Arbeit . . . . .	122
5.	Das Nachweisproblem . . . . .	124
III.	Die weiteren die haftungsrechtliche Verhaltenssteuerung beeinflussenden Faktoren . . . . .	130
1.	Die Existenz, Höhe und Durchsetzung von Sanktionen . .	131
2.	Das „moralische Risiko“ durch Versicherungsschutz . . . .	132
3.	Das „judgment proof-Problem“ . . . . .	137
IV.	Ergebnis . . . . .	139
C.	Die Typisierung der zu vermeidenden Schadenskosten, Zielkonflikte und die optimale Prävention . . . . .	140
I.	Die Typisierung der zu vermeidenden Schadenskosten . . . .	140
1.	Die primären Kosten . . . . .	141
2.	Die sekundären Kosten . . . . .	142
3.	Die tertiären Kosten . . . . .	144
II.	Die Zielkonflikte bei der Schadenskostenvermeidung . . . . .	146
III.	Das Präventionsmaß der optimalen Prävention . . . . .	149

IV.	Ergebnis . . . . .	152
D.	Die Bestimmung der qualitativen Bedeutung der Prävention im Rahmen des Haftungsrechts . . . . .	153
I.	Die qualitative Bedeutung der Prävention bei der Haftungs- anordnung . . . . .	154
II.	Die qualitative Bedeutung der Prävention bei der Haftungs- ausfüllung . . . . .	155
	1. Der volle Schadensausgleich als Idealbild der optimalen Prävention . . . . .	157
	2. Der volle Schadensausgleich in der Rechtswirklichkeit: Das durchlöchernte Prinzip . . . . .	157
	a. Die rechtlichen Grenzen des Ausgleichsprinzips . . . . .	158
	b. Die tatsächlichen Grenzen des Ausgleichsprinzips . . . . .	159
	3. Die Bedeutung der Prävention bei Versagen des Ausgleichs- prinzips . . . . .	160
	a. Die Heranziehung des Präventionsgedankens zur Erreichung des Schadensausgleichs . . . . .	161
	b. Die Heranziehung des Präventionsgedankens zur Erreichung über den Schadensausgleich hinausgehender Ziele . . . . .	162
III.	Ergebnis . . . . .	163
E.	Die rechtlichen Grenzen der haftungsrechtlichen Prävention . . . . .	166
I.	Die unbefriedigende Diskussion oder das Manko einer ausreichenden Ausdifferenzierung . . . . .	166
II.	Die verfassungsrechtlichen Grenzen der Prävention . . . . .	172
	1. Nulla poena sine lege gem. Art. 103 Abs. 2 GG . . . . .	173
	2. Ne bis in idem gem. Art. 103 Abs. 3 GG . . . . .	175
	3. Die weiteren strafprozessualen Verfahrensgarantien und das Bestrafungsmonopol des Staates . . . . .	176
	4. Das präventiv-überkompensatorische Haftungsrecht als Strafe im Sinne des Grundgesetzes . . . . .	177
	5. Das präventiv-überkompensatorische Haftungsrecht als Strafe im Sinne der EMRK . . . . .	183
	6. Der Verstoß gegen den Gleichheitsgrundsatz gem. Art. 3 Abs. 1 GG in den Fällen der Zwangskommerzialisierung der Persönlichkeit . . . . .	184
	7. Der Verstoß gegen die Pressefreiheit gem. Art. 5 Abs. 1 S. 2 GG in den Fällen der Zwangskommerzialisierung der Persönlichkeit . . . . .	186
	8. Das Gebot der Verhältnismäßigkeit . . . . .	188
III.	Die zivilrechtlichen Grenzen der Prävention . . . . .	190

1. Das Bereicherungsverbot oder die Verhinderung von Windfall Profits . . . . .	191
2. Das Strukturprinzip der beidseitigen Rechtfertigung von Rechtsfolgen . . . . .	195
3. Die Gefahr eines Dammbrochs hinsichtlich der Vollstreck- barkeit US-amerikanischer Punitive Damages-Urteile . . . .	200
IV. Ergebnis . . . . .	206
 <i>Kapitel 3: Der europarechtliche Einfluss auf das deutsche Präventions- verständnis . . . . .</i>	
A. Die Internationalisierung und Europäisierung des Zivilrechts . . . .	209
B. Der Stellenwert der Prävention im Acquis Communautaire . . . . .	214
C. Der europarechtliche Präventionsbegriff . . . . .	223
D. Das Haftungsrecht als zentrales zivilrechtliches Präventions- instrument der Europäischen Union . . . . .	228
E. Der Einfluss der Prävention auf die Schadenshöhe . . . . .	231
F. Die Frage des europarechtlichen Strafschadens . . . . .	235
G. Die Geltung eines europarechtlichen Bereicherungsverbotes . . . . .	240
H. Ein rechtsvergleichender Überblick . . . . .	243
I. Einige Beispiele des europarechtlichen Einflusses auf das Präventionsverständnis im deutschen Zivilrecht . . . . .	249
I. Die Haftung des Arbeitgebers für geschlechtsbezogene Benachteiligungen gem. § 611a BGB a.F. . . . .	249
II. Die Verzugszinsen gem. § 288 BGB . . . . .	257
III. Die unbestellten Leistungen gem. § 241a BGB . . . . .	264
J. Ergebnis . . . . .	267
 3. Teil: Die Gewinnabschöpfung als Instrument zivilrechtlicher Prävention . . . . .	
 <i>Kapitel 1: Die Gewinnherausgabe im Rahmen der immaterial- güterrechtlichen dreifachen Schadensberechnung . . . . .</i>	
A. Die Rechtslage am Vorabend des BGB . . . . .	277
I. Die Rechtslage bis zur Einführung der allgemeinen Gewerbefreiheit im Jahre 1869 . . . . .	277
II. Die zunehmende Ausdifferenzierung des Immaterialgüter- rechts seit der Reichsgründung . . . . .	278
III. Die Einführung der freien Beweiswürdigung im Zivilrecht . .	280
IV. Der Kampf um die freie Beweiswürdigung im Schadensprozess . . . . .	281



B. Die ersten Vorboten der dreifachen Schadensberechnung in der Legislative und der Rechtsprechung bis zur <i>Ariston</i> -Entscheidung . . . . .	282
C. <i>Kohler</i> als geistiger Vater der dreifachen Schadensberechnung . . . . .	283
D. Die <i>Ariston</i> -Entscheidung als Beginn der dreifachen Schadensberechnung . . . . .	286
I. Die Ausgangssituation in der <i>Ariston</i> -Entscheidung . . . . .	286
II. Die Entwicklung der dreifachen Schadensberechnung . . . . .	287
1. Die konkrete Schadensberechnung . . . . .	287
2. Die Lizenzanalogie . . . . .	288
3. Die Gewinnherausgabe . . . . .	289
4. Das Vermengungsverbot und das Wahlrecht des Geschädigten . . . . .	290
III. Die Bewertung der <i>Ariston</i> -Entscheidung . . . . .	291
E. Die weitere Entwicklung der Gewinnherausgabe und der dreifachen Schadensberechnung bis zur Umsetzung der Enforcementrichtlinie . . . . .	295
I. Die horizontale Ausweitung der dreifachen Schadensberechnung . . . . .	295
1. Die Ausweitung der dreifachen Schadensberechnung auf das gesamte Immaterialgüterrecht . . . . .	296
a. Die Ausweitung durch die Rechtsprechung . . . . .	296
aa. Die Übertragung auf das Patent- und Gebrauchsmusterrecht . . . . .	296
bb. Das lange Ringen um die Übertragbarkeit auf das Warenzeichenrecht . . . . .	297
b. Die zaghafte Anerkennung durch den Gesetzgeber . . . . .	301
2. Die Ausweitung auf den ergänzenden wettbewerbsrechtlichen Leistungsschutz . . . . .	303
a. Der Inhalt des ergänzenden wettbewerbsrechtlichen Leistungsschutzes . . . . .	304
b. Die ursprüngliche Versagung der dreifachen Schadensberechnung bei Vorlagenfreibeuterei: Die <i>Handstrickverfahren</i> -Entscheidung . . . . .	305
c. Die Übertragung der dreifachen Schadensberechnung bei sklavischer Nachahmung . . . . .	306
aa. Die <i>Wandsteckdosen</i> II-Entscheidung . . . . .	306
bb. Die <i>Moderneuheit</i> -Entscheidung . . . . .	309
d. Die Übertragung der dreifachen Schadensberechnung bei Ausbeutung fremder Betriebs- und Geschäftsgeheimnisse: Die <i>Prozessrechner</i> -Entscheidung . . . . .	310
e. Die Übertragung der dreifachen Schadensberechnung auf den gesamten ergänzenden wettbewerbsrechtlichen Leistungsschutz: Die <i>Kollektion Holiday</i> -Entscheidung . . . . .	312

	f. Der ergänzende wettbewerbsrechtliche Leistungsschutz als „Quasi-Immaterialgüterrecht“ . . . . .	313
II.	Die Neubestimmung der Gewinnherausgabe durch die <i>Gemeinkostenanteil</i> -Entscheidung . . . . .	315
	1. Die Anwendungsfrequenz und präventive Wirkung der Gewinnherausgabe bis zur <i>Gemeinkostenanteil</i> -Entscheidung . . . . .	316
	a. Die Anwendungsdiskrepanz zwischen Lizenzanalogie und Gewinnherausgabe . . . . .	316
	b. Die wichtigsten Gründe für die präventive Fehlstellung der Gewinnherausgabe . . . . .	319
	aa. Das Erfordernis des nicht ausschließbaren konkreten Schadens . . . . .	319
	bb. Die Gewinnberechnung . . . . .	320
	cc. Die Bestimmung des herauszugebenden Gewinnanteils . . . . .	322
	dd. Die fehlende Überprüfungsmöglichkeit der Verletzterangaben . . . . .	323
	c. Die Folgen der unterpräventiven Gewinnherausgabe . . . . .	324
	aa. Die Flucht in die Lizenzanalogie und ihre Defizite . . . . .	324
	bb. Die Förderung einer Selbstbedienungsmentalität . . . . .	325
	cc. Die Besserstellung von Verletzern gegenüber Lizenznehmern . . . . .	326
	dd. Das makroökonomische Problem der sinkenden Lizenzgebühren . . . . .	328
	2. Die <i>Gemeinkostenanteil</i> -Entscheidung als präventiver Neuanfang der Gewinnherausgabe . . . . .	329
	a. Die Anwendung der Teilkostenrechnung zur Gewinnberechnung . . . . .	330
	b. Die Bestimmung des herauszugebenden Gewinnanteils . . . . .	333
	c. Die <i>Gemeinkostenanteil</i> -Entscheidung als beginnender Übergang von der kompensatorischen Gewinnberücksichtigung zur präventiven Gewinnabschöpfung . . . . .	336
III.	Die Entwicklung der Gewinnherausgabe im Anschluss an die <i>Gemeinkostenanteil</i> -Entscheidung . . . . .	338
	1. Die Übertragung der Gemeinkostenanteil-Kriterien . . . . .	338
	2. Das neue Verlangen nach dem Verletzergewinn . . . . .	340
	3. Die weitere Entwicklung der Höhe des herauszugebenden Verletzergewinns in der Rechtsprechung . . . . .	342
IV.	Die zusätzliche präventive Stärkung der Gewinnherausgabe bei Verletzerketten durch die <i>Tripp-Trapp-Stuhl</i> -Entscheidung . . . . .	346

F. Die weitere Entwicklung der Gewinnherausgabe und der dreifachen Schadensberechnung nach der Umsetzung der Enforcementrichtlinie . . . . .	350
I. Das Grundproblem des defizitären Immaterialgüterschutzes . . . . .	350
II. Die Enforcementrichtlinie . . . . .	351
1. Die Diskussion um die Enforcementrichtlinie . . . . .	351
2. Der horizontale Ansatz der Enforcementrichtlinie . . . . .	352
3. Die Schadensersatzregelungen in der Enforcementrichtlinie . . . . .	354
a. Die Festschreibung des angemessenen Schadensersatzes gem. Art. 13 Abs. 1 S. 1 der Enforcementrichtlinie . . . . .	354
aa. Die Methoden der Schadensfestsetzung der Enforcementrichtlinie . . . . .	355
(1) Die Vorgaben des Art. 13 Abs. 1 S. 2 lit. a der Enforcementrichtlinie . . . . .	356
(a) Das Verhältnis der konkreten Schadensfestsetzung zur Herausgabe des Verletzergewinns . . . . .	356
(b) Der immaterielle Schadensersatz . . . . .	358
(2) Die Schadensfestsetzung anhand der hypothetischen Lizenzgebühr gem. Art. 13 Abs. 1 S. 2 lit. b der Enforcementrichtlinie . . . . .	358
bb. Die Frage nach der zulässigen Vermengung . . . . .	360
b. Die Herausgabe des Verletzergewinns und pre-established damages ohne Verschulden gem. Art. 13 Abs. 2 der Enforcementrichtlinie . . . . .	361
c. Der Zielkonflikt zwischen Schadensausgleich und Prävention . . . . .	362
III. Die Umsetzung der Enforcementrichtlinie und die dreifache Schadensberechnung . . . . .	366
1. Allgemeines zur deutschen Umsetzung . . . . .	366
2. Die Änderung im immaterialgüterrechtlichen Schadensrecht . . . . .	368
3. Die fehlende Umsetzung für das kommerzielle Persönlichkeitsrecht und den ergänzenden wettbewerbsrechtlichen Leistungsschutz . . . . .	371
4. Die Diskussion um die Rechtsnatur der Gewinnherausgabe und der dreifachen Schadensberechnung insgesamt . . . . .	373
a. Der Diskussionsstand um die Rechtsnatur bis zur Umsetzung der Enforcementrichtlinie . . . . .	373
b. Die Rechtsnatur nach der Umsetzung der Enforcementrichtlinie . . . . .	376

aa. Die Verortung des Art. 13 Abs. 1 der Enforcement-richtlinie . . . . .	378
bb. Die Verortung der deutschen Umsetzungsregeln . . . . .	379
G. Die Bewertung der derzeitigen immaterialgüterrechtlichen Gewinnherausgabe unter besonderer Berücksichtigung des Präventionsaspekts . . . . .	381
I. Der neue präventiv ausgerichtete europarechtliche Schirm im Immaterialgüterrecht . . . . .	382
II. Die Herausgabe des Verletzergewinns als eigenständige Bemessungsmethode . . . . .	383
III. Die Frage nach dem Fortbestand des Vermengungsverbots . . . . .	385
IV. Das Erfordernis des nicht ausschließbaren konkreten Schadens . . . . .	386
V. Die Gewinnberechnung . . . . .	390
1. Die Notwendigkeit der Teilkostenrechnung zur optimalen Prävention . . . . .	390
2. Die vermeintliche präventive Fehlstellung bei Großkonzernen infolge umfassender Kostenrechnungsstruktur . . . . .	392
3. Die möglichen Präventionsdefizite bei reinen Fälscherwerkstätten . . . . .	393
VI. Die Bestimmung des herauszugebenden Gewinnanteils . . . . .	395
VII. Die neueren Kontrollüberlegungen bei der Gewinnberechnung als Gefahr für die optimale Prävention . . . . .	396
VIII. Das Präventionsdefizit infolge fehlender Überprüfbarkeit der Angaben des Verletzers . . . . .	398
IX. Der Verschuldensmaßstab der Gewinnherausgabe und die Gefahr der Überprävention . . . . .	399
1. Der Verschuldensmaßstab des Vorsatzes und der Fahrlässigkeit . . . . .	399
2. Die Gefahr der Überprävention . . . . .	400
3. Die Beschränkung der Gewinnherausgabe auf vorsätzliche Schutzrechtsverletzungen . . . . .	402
4. Die Vereinbarkeit mit dem Unionsrecht . . . . .	405
H. Ein rechtsvergleichender Überblick . . . . .	406
I. Ergebnis . . . . .	411
 <i>Kapitel 2: Die Gewinnherausgabe bei Persönlichkeitsverletzungen durch die Presse . . . . .</i>	
A. Die Rechtslage am Vorabend des BGB . . . . .	423
I. Die Abschaffung der römischrechtlichen Injurienklage . . . . .	423
II. Der knappe Einzug des begrenzten Schmerzensgeldes ins BGB . . . . .	426

III.	Der versagte zivilrechtliche Persönlichkeitsschutz . . . . .	428
B.	Der Persönlichkeitsschutz am Beginn des 20. Jahrhunderts: Präventive Fehlstellung aufgrund Schutzlosigkeit und wachsender Bedrohung . . . . .	431
I.	Die präventive Fehlstellung aufgrund der Schutzlosigkeit des Persönlichkeitsrechts . . . . .	432
1.	Der rudimentäre strafrechtliche Schutz . . . . .	432
2.	Der Ersatz von durch Persönlichkeitsverletzungen entstandenen immateriellen Schäden als Sonderfall . . . . .	433
3.	Der lückenhafte Ersatz von durch Persönlichkeits- verletzungen entstandenen materiellen Schäden . . . . .	434
II.	Die wachsende Bedrohung für Persönlichkeitsrechte durch Massenmedien und neue technische Möglichkeiten . . .	436
C.	Der lange Weg zur Anerkennung des allgemeinen Persönlichkeits- rechts als unabdingbare Präventionsvoraussetzung . . . . .	438
I.	Die kleinen Schritte des Reichsgerichts . . . . .	439
II.	Die großen Schritte der Gerichte nach dem zweiten Weltkrieg	440
1.	Die Anerkennung des allgemeinen Persönlichkeitsrechts durch den Bundesgerichtshof zwecks Beseitigung von Sanktionslücken . . . . .	441
a.	Die <i>Leserbrief</i> -Entscheidung . . . . .	441
b.	Die <i>Paul Dahlke</i> -Entscheidung . . . . .	442
c.	Die <i>Herrenreiter</i> -Entscheidung . . . . .	444
d.	Die <i>Ginsengwurzel</i> -Entscheidung . . . . .	446
2.	Der <i>Soraya</i> -Beschluss des Bundesverfassungsgerichts als verfassungsrechtliche Bestätigung der Rechtsfortbildung . .	450
3.	Der gesetzgeberische Stillstand beim Persönlichkeitsschutz	451
4.	Die weitere Entwicklung der Rechtsprechung . . . . .	454
D.	Die Heranziehung der Prävention zur Bestimmung der Schadenshöhe . . . . .	457
I.	Die „offene präventive Revolution“: Der Verletzergewinn als Bemessungsfaktor der Entschädigungshöhe . . . . .	458
1.	Die <i>Caroline von Monaco I</i> -Entscheidung . . . . .	458
2.	Die weitere Entwicklung der Entschädigungshöhe in der Rechtsprechung . . . . .	462
II.	Die „versteckte präventive Revolution“: Die Anerkennung des (vererblichen) kommerziellen Persönlichkeitsrechts und die Anwendbarkeit der dreifachen Schadensberechnung . . . . .	465
1.	Die <i>Marlene Dietrich</i> -Entscheidung . . . . .	466
a.	Die Anerkennung des kommerziellen Persönlichkeits- rechts und die Anwendbarkeit der dreifachen Schadens- berechnung . . . . .	467

b. Die Vererblichkeit des kommerziellen Persönlichkeitsrechts . . . . .	472
2. Die Aufgabe des Erfordernisses der Verwertungsbereitschaft durch die <i>Oskar Lafontaine</i> -Entscheidung . . . . .	476
a. Die fehlende Klarstellung in der <i>Marlene Dietrich</i> -Entscheidung . . . . .	476
b. Die <i>Oskar Lafontaine</i> -Entscheidung und das Ende der <i>Herrenreiter</i> -Ära . . . . .	476
3. Die weitere Entwicklung der Schadenshöhe in der Rechtsprechung mittels Anwendung der dreifachen Schadensberechnung . . . . .	478
E. Die Bewertung des derzeitigen Persönlichkeitsschutzes unter besonderer Berücksichtigung des Präventionsaspekts . . . . .	481
I. Die Folgen der Neujustierung durch die <i>Marlene Dietrich</i> - und die <i>Oskar Lafontaine</i> -Entscheidungen für das persönlichkeitsrechtliche Gesamtsystem . . . . .	482
1. Die neue Grenzziehung zwischen Entschädigung und materiellem Schadensersatz . . . . .	482
2. Der Vermögenswert des Persönlichkeitsrechts als Abgrenzungskriterium . . . . .	483
a. Die defizitäre präventive Wirkung des Erfordernisses der Verwertungsbereitschaft . . . . .	483
b. Die Bestimmung des Vermögenswertes nach Abschied von der <i>Herrenreiter</i> -Doktrin . . . . .	484
c. Die neue Kumulationsmöglichkeit von Entschädigung und materiellem Schadensersatz . . . . .	487
II. Die Gewinnherausgabe bei Verletzung des ideellen Persönlichkeitsrechts . . . . .	489
1. Der Gewinn als bloßer Bemessungsfaktor der Entschädigungshöhe . . . . .	490
2. Die Begrenzung auf schwerwiegende und nicht anders ausgleichbare Eingriffe . . . . .	494
3. Die Gewinnberechnung und die Bestimmung des herauszugebenden Gewinnanteils . . . . .	495
4. Die Einführung von Auskunfts- und Rechnungslegungsansprüchen und der Möglichkeit der Überprüfung der Verletzterangaben . . . . .	498
5. Der Verschuldensmaßstab des Vorsatzes . . . . .	500
6. Die Präventionslücken bei postmortalen Verletzungen des ideellen Persönlichkeitsrechts . . . . .	501
a. Das Präventionsvakuum bei verstorbenen Nichtprominenten . . . . .	501

b.	Die Schaffung einer postmortalen Entschädigung zur Überwindung von Präventionslücken . . . . .	503
aa.	Das gesteigerte Schutzbedürfnis des ideellen Persönlichkeitsrechts gegen postmortale Eingriffe . . . . .	503
bb.	Die vergleichbare Interessenlage beim ideellen und kommerziellen Persönlichkeitsrecht . . . . .	505
cc.	Keine zunehmende Kommerzialisierung der Persönlichkeit . . . . .	506
dd.	Die vergleichbare Rechtslage im Urheberrecht . . . . .	506
III.	Die Gewinnherausgabe bei Verletzung des kommerziellen Persönlichkeitsrechts . . . . .	508
1.	Verzicht auf das Merkmal eines schwerwiegenden und nicht anders auszugleichenden Eingriffs . . . . .	509
2.	Der Verschuldensmaßstab der Gewinnherausgabe und die Gefahr der Überprävention . . . . .	510
3.	Die optimale Prävention bei postmortalen Verletzungen des kommerziellen Persönlichkeitsrechts . . . . .	512
F.	Ein rechtsvergleichender Überblick . . . . .	513
G.	Ergebnis . . . . .	521
 <i>Kapitel 3: Die Gewinnherausgabe im Kartelldeliktsrecht . . . . .</i>		 531
A.	Das Kartell(delikts)recht aus historischer Perspektive . . . . .	535
I.	Deutschland als „Land der Kartelle“ . . . . .	535
II.	Die Kartellrechtsentwicklung nach dem Ersten Weltkrieg bis zum Untergang des Nationalsozialismus . . . . .	537
III.	Das alliierte Dekartellierungsrecht und die Entwicklung des GWB . . . . .	538
B.	Die Bedeutung der privaten Rechtsdurchsetzung des Kartellrechts bis zur 7. GWB-Novelle . . . . .	542
C.	Die Gründe für den geringen Zuspruch des damaligen Kartelldeliktsrechts . . . . .	544
D.	Die Änderungen des Kartelldeliktsrechts durch die 7. GWB-Novelle im Überblick . . . . .	546
I.	Der erweiterte Anwendungsbereich des § 33 GWB auf Verstöße gegen das europäische Kartellrecht . . . . .	546
II.	Die Aufgabe des Schutzgesetzfordernisses, die Aktivlegitimation mittelbarer Abnehmer und der Einwand der Schadensabwälzung . . . . .	547
III.	Weitere wichtige Änderungen zwecks einer effizienteren Kartellrechtsdurchsetzung . . . . .	551

E.	Der neue vorteilsorientierte § 33 Abs. 3 S. 3 GWB . . . . .	552
I.	Die schwierige Ausgangslage bei der Schadensberechnung im Kartelldeliktsrecht . . . . .	552
II.	Die wechselhafte Gesetzgebungsgeschichte und die ambivalente gesetzgeberische Ratio des § 33 Abs. 3 S. 3 GWB	554
F.	Die Bewertung des § 33 Abs. 3 S. 3 GWB unter besonderer Berücksichtigung des Präventionsaspekts . . . . .	557
I.	Der § 33 Abs. 3 S. 3 GWB zwischen kompensatorischer Gewinnberücksichtigung, präventiver Gewinnabschöpfung und Schadenszuschlag . . . . .	557
1.	Kompensatorische Gewinnberücksichtigung . . . . .	558
2.	Präventive Gewinnabschöpfung . . . . .	559
3.	Schadenszuschlag . . . . .	559
4.	Der Gedanke der präventiven Gewinnabschöpfung und kartellrechtliche Verhaltenspflichten . . . . .	560
5.	Die Systemgerechtigkeit des § 33 Abs. 3 S. 3 GWB als kompensatorische Gewinnberücksichtigung . . . . .	564
II.	Die Bestimmung des zu berücksichtigenden Gewinnanteils: Gesamtgewinn oder kartellbedingter Mehrgewinn . . . . .	565
G.	Ein rechtsvergleichender Überblick . . . . .	569
H.	Ergebnis . . . . .	572

4. Teil: Die Konturen einer präventiven Gewinnabschöpfung –  
Conclusio . . . . . 577

A.	Die Ausrichtung der Gewinnabschöpfung auf die Verhinderung effizienter Rechtsbrüche . . . . .	577
B.	Der optimale Anwendungsbereich der präventiven Gewinnabschöpfung . . . . .	579
I.	Die präventive Gewinnabschöpfung bei Verletzung absoluter Rechtspositionen . . . . .	579
1.	Immaterialgüterrechte, ergänzender wettbewerbs- rechtlicher Leistungsschutz und kommerzielles Persönlichkeitsrecht . . . . .	579
2.	Ideelles Persönlichkeitsrecht . . . . .	580
a.	Die Verletzung des ideellen Persönlichkeitsrechts . . . . .	580
b.	Die Notwendigkeit einer präventiven Gewinn- abschöpfung für postmortale Verletzungen des ideellen Persönlichkeitsrechts . . . . .	582
3.	Die Perspektive einer allgemeinen präventiven Gewinn- abschöpfung bei Verletzungen absoluter Rechtspositionen	582



II.	Verletzungen von Verhaltenspflichten des Marktes . . . . .	584
1.	Verletzung der kartellrechtlichen Verhaltenspflichten . . . . .	584
2.	Die Perspektive einer allgemeinen präventiven Gewinn- abschöpfung bei Verletzungen von Verhaltenspflichten des Marktes . . . . .	586
C.	Die dogmatische Verortung der präventiven Gewinnabschöpfung . . . . .	588
D.	Die optimale Ausgestaltung der präventiven Gewinnabschöpfung . . . . .	591
I.	Die Frage des Vermengungsverbots . . . . .	591
II.	Keine Begrenzung auf schwerwiegende und nicht anders ausgleichbare Eingriffe . . . . .	591
III.	Keine Restanbindung an den Ausgleichsgedanken durch das Erfordernis des nicht ausschließbaren konkreten Schadens . . . . .	592
IV.	Die Bestimmung des abzuschöpfenden Gewinns als zentrales Präventionselement . . . . .	593
1.	Die Nichtberücksichtigung sämtlicher Gemeinkosten bei der Gewinnberechnung . . . . .	595
2.	Die Bestimmung des herauszugebenden Gewinnanteils . . . . .	596
V.	Keine Restanbindung an den Ausgleichsgedanken durch Kontrollüberlegungen bei der Gewinnberechnung . . . . .	596
VI.	Der Anspruch auf Auskunft und Rechnungslegung . . . . .	597
VII.	Die Überprüfung der Verletzerangaben durch unabhängige Wirtschaftsprüfer . . . . .	598
VIII.	Der Verschuldensmaßstab für eine optimal präventiv ausgerichtete Gewinnabschöpfung . . . . .	599
E.	Das Stufenmodell als Folge der Etablierung der präventiven Gewinnabschöpfung . . . . .	602
F.	Die Umsetzung einer präventiv optimal austarierten Gewinn- abschöpfung . . . . .	603
I.	De lege lata . . . . .	603
II.	De lege ferenda . . . . .	606
	Literaturverzeichnis . . . . .	613
	Entscheidungsverzeichnis . . . . .	667
	Stichwortverzeichnis . . . . .	677

## Abkürzungsverzeichnis

ABGB	Allgemeines Bürgerliches Gesetzbuch
ABl.	Amtsblatt
Abs.	Absatz, Absätze
Acquis-Principles	Principles of the Existing EC Contract Law
AcP	Archiv für die civilistische Praxis
ACTA	Anti-Counterfeiting Trade Agreement
AEUV	Vertrag über die Arbeitsweise der Europäischen Union
a. F.	alte Fassung
AfP	Archiv für Presserecht
AGG	Allgemeines Gleichbehandlungsgesetz
Alt.	Alternative
AöR	Archiv des öffentlichen Rechts
Anh.	Anhang
Anm.	Anmerkung
Art./Artt.	Artikel
BB	Der Betriebsberater
BGB	Bürgerliches Gesetzbuch
BGBI.	Bundesgesetzblatt
BGH	Bundesgerichtshof
BGHZ	Entscheidungen des Bundesgerichtshofes in Zivilsachen
BT-Drs.	Bundestags-Drucksache
BVerfGE	Entscheidungen des Bundesverfassungsgerichts
bzw.	beziehungsweise
ca.	cirka
CDC	Cartel Damages Claims SA
CISG	United Nations Convention on Contracts for the International Sale of Goods
CMR	Convention relative au contrat de transport international de marchandises par route
CR	Computer und Recht
DB	Der Betrieb
DCFR	Draft Common Frame of Reference
DDR	Deutsche Demokratische Republik
DesignG	Designgesetz
d. h.	das heißt
DM	Deutsche Mark
DNotZ	Deutsche Notar-Zeitschrift
DRiZ	Deutsche Richterzeitung
DVBl.	Deutsches Verwaltungsblatt

EG	Europäische Gemeinschaft
EGBGB	Einführungsgesetz zum Bürgerlichen Gesetzbuch
EGStPO	Einführungsgesetz zur Strafprozessordnung
EGV	Vertrag zur Gründung der Europäischen Gemeinschaft
EMRK	Europäische Menschenrechts-Konvention
Enforcementrichtlinie	Richtlinie 2004/48/EG zur Durchsetzung der Rechte des geistigen Eigentums
EPGÜ	Übereinkommen über ein Einheitliches Patentgericht
etc.	et cetera
EU	Europäische Union
EuGH	Europäischer Gerichtshof
EuGVVO	Verordnung Nr. 1215/2012 über die gerichtliche Zuständigkeit und die Anerkennung und Vollstreckung von Entscheidungen in Zivil- und Handelssachen
EUR	Europarecht
EUV	Vertrag über die Europäische Union
EuZW	Europäische Zeitschrift für Wirtschaftsrecht
EWG	Europäische Wirtschaftsgemeinschaft
EWiR	Entscheidungen zum Wirtschaftsrecht
EWS	Europäisches Wirtschafts- und Steuerrecht
FamFG	Gesetz über das Verfahren in Familiensachen und in den Angelegenheiten der freiwilligen Gerichtsbarkeit
ff.	folgend(e)
Fn.	Fußnote
GebraMG	Gebrauchsmustergesetz
GEK	Gemeineuropäisches Kaufrecht (Entwurf)
GEMA	Gesellschaft für musikalische Aufführungs- und mechanische Vervielfältigungsrechte
gem.	gemäß
GeschmMG	Geschmacksmustergesetz (mit Wirkung vom 1.1.2014 in Designgesetz umbenannt und geändert worden)
GG	Grundgesetz
GPR	Zeitschrift für das Privatrecht der Europäischen Union
GRUR	Gewerblicher Rechtsschutz und Urheberrecht
GRUR Int.	Gewerblicher Rechtsschutz und Urheberrecht – Internationaler Teil
GRUR-RR	Gewerblicher Rechtsschutz und Urheberrecht – Rechtsprechungsreport
GRUR-RS	Gewerblicher Rechtsschutz und Urheberrecht – Rechtsprechungssammlung
GVG	Gerichtsverfassungsgesetz
GWB	Gesetz gegen Wettbewerbsbeschränkungen
HalbSchG	Halbleiterschutzgesetz
HGB	Handelsgesetzbuch
Hrsg.	Herausgeber
i. V. m.	in Verbindung mit
JBl.	Juristische Blätter
JherJb	Jherings Jahrbücher

JR	Juristische Rundschau
Jura	Juristische Ausbildung
JuS	Juristische Schulung
JZ	Juristenzeitung
Kap.	Kapitel
Kartellschadensersatz- richtlinie	Richtlinie 2014/104/EU über bestimmte Vorschriften für Schadensersatzklagen nach nationalem Recht wegen Zu widerhandlungen gegen wettbewerbsrechtliche Bestim- mungen der Mitgliedstaaten und der Europäischen Union
KJ	Kritische Justiz
KritV	Kritische Vierteljahresschrift für Gesetzgebung und Rechtswissenschaft
K&R	Kommunikation & Recht
KunstUrhG	Gesetz betreffend das Urheberrecht an Werken der bildenden Künste und der Photographie
lit.	litera
MarkenG	Gesetz über den Schutz von Marken und sonstigen Kennzeichen
MarkenR	Markenrecht
MDR	Monatsschrift für Deutsches Recht
MMR	MultiMedia und Recht
NCPL	National Center for Preventive Law
NJOZ	Neue Juristische Online-Zeitschrift
NJW	Neue Juristische Wochenschrift
NJW-RR	Neue Juristische Wochenschrift – Rechtsprechungsreport Zivilrecht
Nr.	Nummer
NuR	Natur und Recht
NZA	Neue Zeitschrift für Arbeitsrecht
NZG	Neue Zeitschrift für Gesellschaftsrecht
NZKart	Neue Zeitschrift für Kartellrecht
PatG	Patentgesetz
PECL	Principles of European Contract Law
PEL	Principles of European Law
PEL Liab. Dam.	Principles of European Law: Non-Contractual Liability Arising out of Damages Caused to Another
PETL	Principles of European Tort Law
ProdHaftG	Gesetz über die Haftung für fehlerhafte Produkte
PVÜ	Pariser Verbandsübereinkommen
RabelsZ	Rabels Zeitschrift für ausländisches und internationales Privatrecht
RBÜ	Berner Übereinkunft zum Schutz von Werken und Literatur und Kunst
RdA	Recht der Arbeit
RGBl.	Reichsgesetzblatt
RGZ	Entscheidung des Reichsgerichts in Zivilsachen
RICO-Act	Racketeer Influenced and Corrupt Organizations Act
Rn.	Randnummer

ROHGE	Entscheidungen des Reichsoberhandelsgerichts
Rs.	Rechtssache
Rspr.	Rechtsprechung
S.	Satz
Sec.	Section
SJZ	Schweizerische Juristenzeitung (Schweiz)
sog.	sogenannte
SortG	Sortenschutzgesetz
SPD	Sozialdemokratische Partei Deutschlands
StGB	Strafgesetzbuch
StPO	Strafprozessordnung
TKG	Telekommunikationsgesetz
TRIPS	Übereinkommen über handelsbezogene Aspekte der Rechte am geistigen Eigentum
u. a.	unter anderem
UFITA	Archiv für Urheber- und Medienrecht
UNIDROIT	Institut International pour l'unification du droit privé
UNIDROIT-Principles	UNIDROIT Principles of International Commercial Contracts
UrhG	Gesetz über Urheberrecht und verwandte Schutzrechte
USA	United States of America
UWG	Gesetz gegen den unlauteren Wettbewerb
VersR	Versicherungsrecht
vgl.	vergleiche
Vorb.	Vorbemerkung
VuR	Verbraucher und Recht
VVG	Gesetz über den Versicherungsvertrag
WCT	WIPO Copyright Treaty
WIPO	World Intellectual Property Organization
WiR	Wirtschaftsrecht
WM	Wertpapier-Mitteilungen
WpHG	Wertpapierhandelsgesetz
WPPT	WIPO Performance and Phonograms Treaty
WRP	Wettbewerb in Recht und Praxis
WuW	Wirtschaft und Wettbewerb
z. B.	zum Beispiel
ZEE	Zeitschrift für Evangelische Ethik
ZEuP	Zeitschrift für Europäisches Privatrecht
ZESAR	Zeitschrift für europäisches Sozial- und Arbeitsrecht
ZfA	Zeitschrift für Arbeitsrecht
ZGB	Zivilgesetzbuch der Deutschen Demokratischen Republik/ Schweizerisches Zivilgesetzbuch
ZGE	Zeitschrift für Geistiges Eigentum
ZGR	Zeitschrift für Unternehmens- und Gesellschaftsrecht
ZHR	Zeitschrift für das gesamte Handelsrecht und Wirtschafts- recht
ZIP	Zeitschrift für Wirtschaftsrecht
ZJS	Zeitschrift für das Juristische Studium

ZPO	Zivilprozessordnung
ZRG (RA)	Zeitschrift der Savigny-Stiftung für Rechtsgeschichte (Romanistische Abteilung)
ZRP	Zeitschrift für Rechtspolitik
ZPhF	Zeitschrift für philosophische Forschung
ZStW	Zeitschrift für die gesamte Strafrechtswissenschaft
ZUM	Zeitschrift für Urheber- und Medienrecht
ZVersWiss	Zeitschrift für die gesamte Versicherungswissenschaft
ZVglRWiss	Zeitschrift für vergleichende Rechtswissenschaft
ZWeR	Zeitschrift für Wettbewerbsrecht
ZZP	Zeitschrift für Zivilprozess